



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 28.02.2025 bis 07.03.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

China: Regierung brüstet sich mit verstärkter Verfolgung religiöser Minderheiten im Jahr 2024	3
Deutschland: An Unis kaum noch sicherer Raum für Juden	4
Deutschland: Anschlag in Mannheim, Kirchen rufen zum Gebet auf	5
Deutschland: Parole „From the river to the sea“ unter Strafe stellen	6
Europa: Integres Auftreten und genaue Recherche	7
Indien: Film schürt Vorurteile gegen Christen	8
Iran: Unterdrückung christlicher Minderheiten	9
Israel: Angriffe auf Christen	10
Kirgistan: Missionsverbot	11
Kongo: In den von der M23 besetzten Gebieten kommt es zu Morden, Verschleppungen und Zwangsarbeit	12
Kuba: Luis Frómeta Compte aus Gefängnis entlassen	13
Mongolei: Wie geht es den Christen in der Mongolei?	14
Myanmar: Christen im anhaltendem Konflikt	15
Myanmar: Katholisches Pastoralzentrum bombardiert	16
Nigeria: Katholische Bischöfe gegen Schließung von Schulen	17
Nigeria: Katholischer Priester wenige Stunden nach seiner Entführung ermordet	18
ONLINE-SEMINARE ZUM THEMA „CHRISTENVERFOLGUNG“	19
Österreich: Plattform Christdemokratie mahnt und macht Aufruf	20
Pakistan: 18-jähriger Christ auf Kautionsfreigabe	21
Pakistan: Gefangene des Monats März	23
Pakistan: TV-Drama thematisiert Mob-Gewalt und Mißbrauch von Blasphemiegesetzen	24
Russland: Tauffeier in Sibiriern	26
Südsudan: Doppeltes Feuer	27
Südsudan: Friedensabkommen gefährdet	28
Syrien: Konferenz zum nationalen Dialog endet mit gemischten Beurteilungen	29
Ukraine: Lernen mit Bibelstudienprogrammen	30

# China: Regierung brüstet sich mit verstärkter Verfolgung religiöser Minderheiten im Jahr 2024

IIRF-D/ICC/Tübingen - In Erklärungen in sozialen religiöser Minderheiten Medien und auf staatlichen Medienplattformen feiert China eine Zunahme der staatlichen Verfolgung im Jahr 2024.

Die chinesische Regierung betrachtet die Religionsfreiheit als Bedrohung für die ausschließliche Loyalität gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), die das Land regiert, und stuft nicht-staatliche religiöse Gruppen ungeachtet ihrer tatsächlichen Überzeugungen pauschal als Sekten ein.

„Chinas öffentliche Sicherheitsbehörden haben ihre Bemühungen zur Zerschlagung von Sektenorganisationen im Jahr 2024 intensiviert“, berichtete die Global Times, ein von der KPCh betriebenes Medienorgan, letzten Monat. „Sie haben daran gearbeitet, das Wachstum und die Ausbreitung von Sektenorganisationen einzudämmen, um potenzielle Bedrohungen für die nationale politische Sicherheit zu mindern und die soziale Stabilität zu erhalten.“

Das Wort, das in dem Bericht der Global Times als „Sekte“ wiedergegeben wird, ist xie jiao, ein amorpher Begriff, der offenbar auf die Ming-Dynastie zurückgeht. Er wurde verwendet, um Bewegungen oder Glaubensrichtungen zu bezeichnen, die als regierungsfeindlich galten oder nicht mit den strengen Prinzipien der KPCh übereinstimmten.

In einer Erklärung auf der chinesischen Messaging-App und Social-Media-Plattform WeChat brüstete sich das chinesische Ministerium für öffentliche Sicherheit mit den erhöhten Ausgaben für Technologie und Personal zur Bekämpfung unabhängiger religiöser Organisationen in einer repressiven Kampagne, die auch ein hartes Vorgehen gegen die unabhängige christliche Hauskirchenbewegung umfasst.

China ist dafür bekannt, dass es seinen Bürgern Abtreibungen aufzwingt, Frauen ohne ihre Zustimmung sterilisiert und religiöse Minderheiten ermordet, um ihre Organe auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen. Christliche Hauskirchen sind ein Versuch, sich der Kontrolle der Regierung zu entziehen, aber auch sie werden oft überfallen und ihre Mitglieder unter dem Vorwurf verhaftet, gegen die Interessen des Staates zu arbeiten.

China ist weltweit führend in der Nutzung von Technologien zur Überwachung und Unterdrückung seiner Bürger. Obwohl das volle Ausmaß des Überwachungsapparats unbekannt ist, haben Untersuchungen gezeigt, dass das Land ein System betreibt, das darauf abzielt, die Bewegungen jedes Bürgers zu verfolgen, um Einblicke in seine Loyalität gegenüber der KPCh zu gewinnen. Von banalen Details wie dem, was eine Person trägt, bis hin zu umfassenderen Beobachtungen wie der Frage, mit wem sie verkehrt, versucht das System, die Loyalität eines jeden Bürgers zu verfolgen und zu verstehen.

Chinesische Regierungsbeamte nutzen die von diesem System erfassten Daten, um diejenigen zu verfolgen und zu kontrollieren, die sie als Gefahr für den Staat ansehen. Dazu gehören insbesondere Personen, die mit der nicht registrierten Hauskirchenbewegung in Verbindung stehen, und alle anderen, die ihre Religion außerhalb der staatlichen Institutionen ausüben wollen.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Deutschland: An Unis kaum noch sicherer Raum für Juden

**Lagebericht: Situation an Hochschulen in Berlin ist „besonders verheerend“**

Berlin (IDEA) – Ein schärferes Vorgehen gegen Judenfeindlichkeit an Universitäten fordert ein Lagebericht „Antisemitismus an deutschen Hochschulen“. So müssten antisemitische Straftaten konsequent strafrechtlich verfolgt werden, heißt es. Der Bericht stammt vom Ramer Institute for German-Jewish Relations des American Jewish Committee Berlin (AJC) und der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (Berlin). „Seit dem 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus zum traurigen Status Quo an vielen deutschen Hochschulen geworden“, schreibt AJC-Direktor Remko Leemhuis im Vorwort. Damals hatten Hamas-Terroristen über 1.200 Menschen in Israel ermordet und rund 240 Geiseln entführt. Laut Leemhuis reichte das Spektrum antisemitischer Vorfälle im vergangenen Jahr „von Hörsaalbesetzungen unter Intifada-Rufen, über offene Hamas-Apologiek und Beleidigungen bis hin zu Einschüchterungsversuchen und tätlichen Angriffen.“ Viele jüdische Studenten und Mitarbeiter blieben deshalb aus Angst dem Campus fern oder versteckten ihre jüdische Identität. Auch wenn die Lage an den Universitäten in der deutschen Hauptstadt besonders verheerend sei, dürfe das nicht darüber hinwegtäuschen, dass jüdische Studenten in ganz Deutschland Ähnliches erlebten. Der Lagebericht sei ein Appell an die Verantwortlichen in den Universitäten und der Politik, aber auch an alle Nichtjuden an den Hochschulen, sich dem wachsenden Antisemitismus entgegenzustellen.

## **Juden geraten in soziale Isolation**

Wie die scheidende Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, Hanna Veiler, schreibt, ist „seit Monaten kaum ein universitärer Raum mehr frei von antisemitischer Gewalt“. Die Konsequenz für viele Betroffene sei vor allem soziale Isolation. Veiler: „Hochschulgruppen, Uni-Partys- und neue Bekanntschaften – all das ist in der Regel kein safe space mehr für jüdische Studierende. Was jedoch am meisten schmerzt, ist der Verlust von Verbündeten und Freundschaften.“ Wie Veiler der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sagte, erwägt sie, wegen der Lage an den Universitäten Deutschland zu verlassen.

## **Verbindung zwischen linken und muslimischen Antisemitismen**

Dem Lagebericht zufolge zeigen sich besonders an Hochschulen „Verbindungen zwischen linken, postkolonialen, anti-imperialistischen und islamistischen sowie muslimischen Antisemitismen“. 2023 verzeichnete die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) 151 antisemitische Vorfälle mit Tatort „Hochschule“, davon drei Viertel nach dem 7. Oktober. 2021 waren es insgesamt noch 16 jüdenfeindliche Vorfälle. Für 2024 liegen noch keine belastbaren Zahlen vor.

# Deutschland: Anschlag in Mannheim, Kirchen rufen zum Gebet auf

## Ein Mann war mit seinem Auto durch die Fußgängerzone gerast: Zwei Tote

Mannheim (IDEA) – Nach dem Anschlag in der Mannheimer Fußgängerzone haben die beiden großen Kirchen in der Stadt zum Gebet für die Opfer und deren Angehörige aufgerufen. Am 3. März war nach jetzigem Kenntnisstand ein 40-jähriger Deutscher mit seinem Auto mit hoher Geschwindigkeit durch die Fußgängerzone in der Nähe des Mannheimer Wasserturms gerast. Dabei wurden laut einer gemeinsamen Pressemitteilung des Landeskriminalamts sowie der Polizei und der Staatsanwaltschaft Mannheim zwei Menschen getötet. Fünf weitere seien schwer und fünf leicht verletzt worden. Der Täter wurde kurz darauf von der Polizei verhaftet, die zum jetzigen Zeitpunkt ein extremistisches oder politisches Motiv ausschließt. Die „Bild“-Zeitung, die von elf Verletzten berichtete, recherchierte im Umfeld des mutmaßlichen Täters aus Ludwigshafen. Demnach hat dieser im Vorfeld des Anschlags massive psychische Auffälligkeiten gezeigt. So soll er sich im August 2024 mit Benzin übergossen haben und damit gedroht haben, sich anzuzünden. Damit habe er laut Recherchen der Zeitung seine Einweisung ins Krankenhaus erzwingen wollen. Eine Bekannte des Täters habe zudem berichtet, dass er sich in letzter Zeit sehr merkwürdig verhalten habe. „Er hat einfach ins Leere gestarrt und dann wie aus dem Nichts angefangen zu lachen. Wir hatten noch eine halbe Stunde vor der Tat Kontakt mit ihm.“

## Kirchen laden zur ökumenischen Andacht ein

Die beiden Dekane der Evangelischen und Katholischen Kirche in Mannheim, Ralph Hartmann und Karl Jung, ließen gemeinsam mitteilen, dass ihre Gedanken und Gebete bei allen seien, die der Anschlag körperlich und seelisch getroffen habe. Was in der Mannheimer Innenstadt geschehen sei, „erschüttert und verstört zutiefst. Ein Ereignis, das uns alle fassungslos macht und schockiert. Etwas, was Fragen aufwirft, auf die es derzeit keine Antworten gibt. Menschenleben wurden zerstört und schwer verwundet.“ Die beiden Geistlichen luden zudem zu einer ökumenischen Andacht am 4. März in die evangelische Citykirche Konkordien ein. Angekündigt wurde die Teilnahme der badischen Landesbischöfin Heike Springhart (Karlsruhe), des römisch-katholischen Erzbischofs von Freiburg, Stephan Burger, sowie des Mannheimer Oberbürgermeisters Christian Specht (CDU).

## Landesbischöfin: „Lassen uns weder Feste noch stille Trauer wegnehmen“

Springhart bekundete in einer Mitteilung ihre Anteilnahme: „Wieder wurden unschuldige Menschen durch eine sinnlose Tat verletzt und in Angst und Schrecken versetzt. Inmitten einer ausgelassenen Fröhlichkeit wurden zwei Menschen getötet. Wieder muss Mannheim mit einem schrecklichen Vorfall umgehen. Mein tiefes Mitgefühl gilt allen Betroffenen, die ich in mein Gebet einschließe.“ Zum Hintergrund: Erst im Mai 2024 hatte der Afghane Sulaiman Atae auf dem Mannheimer Marktplatz den Islamkritiker Michael Stürzenberger mit einem Kampfmesser [angegriffen](#) und ihn sowie mehrere weitere Menschen verletzt. Als der 29-jährige Polizist Rouven Laur zu Hilfe eilte, stach Atae ihm mit dem Messer in den Hals. Laur [erlag](#) zwei Tage später seinen Verletzungen. Die Landesbischöfin zitierte angesichts des jüngsten Anschlags Römer 12,15: „Selten hat ein Satz der Bibel besser gepasst angesichts dieses Leides inmitten der fröhlichen Faschingszeit: ‚Freut euch mit den Fröhlichen, weint mit den Weinenden!‘“. Es gelte, sich trotz aller Wut, Fassungslosigkeit und Traurigkeit nicht der gesellschaftlichen Polarisierung hinzugeben. „Wir lassen uns weder unsere fröhlichen Feste noch unsere stille Trauer von Menschen wegnehmen, die Unfrieden und Leid in unsere Gesellschaft tragen.“ Dazu gehöre auch, die Ermittlungsbehörden ihre Arbeit machen zu lassen und Falschnachrichten, wie sie laut Polizei direkt nach der Tat verbreitet wurden, nicht unreflektiert zu folgen.

## Erzbischof: „Mannheim erlebt wieder schwarze Stunden“

Ähnlich äußerte sich Erzbischof Burger in einer Mitteilung: „Mannheim erlebt wieder schwarze Stunden. Was am Montag passiert ist, macht mich fassungslos und lässt mich wütend zurück. Mit dem Auto in eine Menschenmenge zu rasen und so andere Menschen zu töten oder zu verletzen, verstößt gegen alles, was uns als Menschen ausmacht.“ Er bete für die Verstorbenen und die Verletzten, denen er eine rasche und vollständige Genesung wünsche, so Burger. Er hoffe, dass die Bürger von Mannheim weiter zusammenstünden und „die Offenheit ihrer Stadt“ bewahrten. Nun seien zunächst die Ermittlungen der Polizei abzuwarten. „Bis dahin sollten sich alle mit Spekulationen, auch in den sozialen Netzwerken, zurückhalten.“

# Deutschland: Parole „From the river to the sea“ unter Strafe stellen

**Felix Klein: Mit dem Slogan wird zur Vernichtung Israels aufgerufen**

Osnabrück (IDEA) – Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, hat den neu gewählten Bundestag zu Strafrechtsverschärfungen aufgefordert. Der Aufruf zur Vernichtung anderer Staaten, auch der Ausspruch „From the river to the sea“, sollte unter Strafe gestellt werden, sagte er in einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Gemeint ist in dem Slogan das Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer, auf dem sich Israel befindet. Der Spruch (vollständig „From the river to the sea, Palestine will be free“) gilt als antisemitischer Schlachtruf und wurde auch bei propalästinensischen Demonstrationen in Deutschland nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 in Israel skandiert. Klein zufolge sollte man ebenso die Billigung von Terror auch im Ausland, wie ihn etwa die Hamas in Israel ausübe, unter Strafe zu stellen. Der Antisemitismusbeauftragte rief ferner dazu auf, im Kampf gegen Judenhas an Universitäten verstärkt den Verfassungsschutz einzusetzen. Angesichts antisemitischer Proteste im linken, akademischen Umfeld reiche die reine Präventionsarbeit nicht mehr aus. Klein: „Das Ausmaß an Radikalität das wir in diesem Milieu sehen, darf der Staat nicht hinnehmen.“ Er bezeichnete die „kritiklose Blindheit“ gegenüber der Hamas als „wirklich atemberaubend“.

# Europa: Integres Auftreten und genaue Recherche

IIRF-D/Tübingen/06.03.25 - Integres Auftreten und genaue Recherche beim Einsatz für Religionsfreiheit – dazu verpflichteten sich die Teilnehmer des „European Religious Liberty Forum“ der Europäischen Evangelischen Allianz in Tirana.

20 Vertreter von nationalen Allianzen, Experten von ADF (Alliance defending Freedom) und „Advocates International“ sowie die Ev.-Allianz-Vertreter bei der EU in Brüssel und bei den Vereinten Nationen in Genf trafen sich Ende Februar zur dreitägigen jährlichen Konferenz zu Berichten, Austausch und Suche nach gemeinsamen Strategien. Aktuelle Entwicklungen der Meinungsfreiheit, Elternrechte, Einsatz für die Ukraine und das Gespräch mit der orthodoxen Kirche standen im Mittelpunkt der Beratungen. 60% der albanischen Bevölkerung, die eine rasante und modellhafte Entwicklung erlebt, sind nominell Muslime, der Rest orthodox oder katholisch.

# Indien: Film schürt Vorurteile gegen Christen

## Sie werden darin als betrügerische Landräuber dargestellt

Neu-Delhi (IDEA) – Die christliche Minderheit in Indien steht weiter unter massivem Druck der hinduistischen Mehrheit. Das berichten christliche Menschenrechtsorganisationen im Land wie auch das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors. In einem indischen Spielfilm werden die Christen im Bundesstaat Odisha als betrügerische Landräuber dargestellt. Der Filmemacher Bijay Kandoi schildert in seinem Film unter dem Titel „Sanatani: Karma Hi Dharma“ Interessenkonflikte zwischen christlichen Missionaren und Stammesvölkern. Dabei behauptet er, christliche Missionare verfolgten durch die Bekehrung von Mitgliedern indischer Stammesgemeinschaften den Plan, Land zu rauben. Der in Neu-Delhi ansässige christliche Dachverband National United Christian Forum (Nationales Vereintes Christliches Forum) kritisiert den Film: „Er verzerrt das Bild von Jesus, wichtige Aspekte der christlichen Lehre, insbesondere das Sakrament der Taufe, und stellt die Konversion als kriminelle Handlung dar.“ Zudem zeigte sich das Forum besorgt, dass der Film zu Unruhen gegen die Christen führen könne.

## Film schürt Ressentiments

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI/München) haben die Filmemacher nach der Freigabe des Films durch die Zensurbehörde zahlreiche Veranstaltungen organisiert, in denen sie Christen verunglimpften. Sie hätten dabei den Film als Aufruf an Hindus verstanden, sich gegen Christen zu vereinen. Zudem hätten sie behauptet, dass der Film auf wahren Geschehnissen beruhe und deshalb ein Betrag „zum Schutz der hinduistischen Religion“ sei. Christen aus dem Bezirk Kandhamal in Odisha schrieben daraufhin an den Ministerpräsidenten des Bundesstaates, Mohan Charan Majhi, und forderten ihn auf, die Veröffentlichung des Films zu stoppen. Er habe auf das Schreiben jedoch nicht reagiert. Der Oberste Gerichtshof von Odisha habe einen Antrag auf ein Verbot des Films abgelehnt. CSI-Angaben zufolge gab es 2024 in Indien mehr als zwei Übergriffe auf Christen pro Tag. 834 Fälle seien dokumentiert worden.

## Weiterer Vorwurf: Christen schlachten Kühe

Über einen weiteren Aufruf zur Gewalt gegen Christen berichtet das Hilfswerk Open Doors. Im indischen Bundesstaat Chhattisgarh hätten Hindu-Extremisten während einer Hindu-Pilgerreise mit mehr als 600 Millionen Teilnehmern in den Sozialen Medien dazu aufgerufen, am 1. März gegen Christen vorzugehen. Zur Begründung erhoben sie den Vorwurf, dass Christen Kühe schlachten und essen würden. Im Hinduismus gelten Kühe als heilige Tiere.

## Gebete wurden erhört

Daraufhin hatten Christen weltweit dafür gebetet, dass es nicht zu Übergriffen komme. Tatsächlich habe Gott die Gebete erhöht, teilte der Pressesprecher von Open Doors Deutschland, Jens Fischer (Kelkheim bei Frankfurt am Main), der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. Außerdem hätten Menschenrechtsorganisationen Druck auf hinduistische Redner aufgebaut. Daraufhin habe einer auf Facebook erklärt, dass der Angriff abgesagt worden sei. Wenn der Schutz von Kühen sichergestellt sei, brauche man nicht mehr zu solchen „Maßnahmen“ greifen. Das Hilfswerk rief dazu auf, weiter für die Christen in Indien zu beten. Auf dem von Open Doors veröffentlichten Weltverfolgungsindex steht Indien auf Platz elf unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Von den etwa 1,4 Milliarden Einwohnern Indiens sind 72 Prozent Hindus, 14 Prozent Muslime und fünf Prozent Christen. Der Rest gehört kleineren Religionsgemeinschaften an. Seit 2014 regiert die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei/BJP) mit Premierminister Narendra Modi das Land. Seither mehren sich Diskriminierungen und Übergriffe auf Christen. Sie werden vielfach als unerwünschte Fremde angesehen.



# Iran: Unterdrückung christlicher Minderheiten

## 3 Beispiele

(IGFM) Auch religiöse Minderheiten stehen weiterhin unter Druck. Sicherheitsbeamte stürmten am 7. Februar 2025 eine Versammlung von etwa 80 Christen in einem Garten im Babol (Provinz Mazandaran) und beschlagnahmten alle religiösen Bücher, Musikinstrumente und digitalen Geräte der Anwesenden. **Somayeh Rajabi, die christliche Konvertitin, wurde festgenommen** und in ein Gefängnis in Sari verlegt. Es liegen noch keine Informationen zu den gegen Frau Rajabi erhobenen Anklagen vor.

### Mutter von Todesopfer willkürlich verurteilt

Ein weiteres Beispiel für die willkürliche Gewalt des Regimes ist die Verurteilung der Mutter von Shahryar Mohammadi, einem der Todesopfer der Proteste von 2022. Mina Soltani Zarei wurde vom Gericht in Boukan zu acht Monaten Haft verurteilt. Das Urteil wurde aufgrund der Anklagen wegen „Propaganda gegen das Regime“ sowie der „Teilnahme an öffentlichen Versammlungen ohne Kopftuch“ gegen sie erlassen.

Doch die Unverschämtheit des Regimes hört hier nicht auf. Nicht nur die iranische Bevölkerung ist im Iran in Gefahr, sondern auch ausländische Touristen, die willkürlich als Geiseln genommen werden.

### Britisches Paar illegal inhaftiert

**Craig und Lindsay Foreman**, die mit Motorrädern auf eine Weltreise waren, wurden im Januar 2025 im Iran verhaftet. Iranische Justiz wirft britischem Paar Spionage vor. Asghar Jahangir, der Sprecher der iranischen Justiz, teilte mit, dass die beiden britischen Staatsbürger unter dem Deckmantel von Touristen in den Iran eingereist seien. Unter dem Vorwand von Forschungs- und Untersuchungstätigkeiten hätten sie mit den Geheimdiensten feindlicher westlicher Länder in Verbindung gestanden und in mehreren Provinzen des Landes Informationen gesammelt. Beweise wurden dafür nicht geliefert. Bei Spionagevorwürfen in Iran droht jahrelange Haft.

# Israel: Angriffe auf Christen

## Abt Nikodemus Schnabel über militante jüdische Siedler: „Hooligans der Religion“

(israelnetz.com/ von Martin Schlorke/ 6. März 2025) Für Christen wird die Lage in Jerusalem immer prekärer. Neben Beleidigungen und tätlichen Angriffen sind auch christliche Einrichtungen Ziele von Angriffen. Gegenüber der „Welt“ zeigt sich der ranghöchste Vertreter der deutschen Katholiken in Israel, Abt Nikodemus Schnabel, besorgt über die Entwicklungen und die Gewalt gegen Christen. Verantwortlich dafür seien zumeist junge Männer, die zu den militanten jüdischen Siedlern gehören. Diese hätten das Ziel, ganz Jerusalem unter ihre Kontrolle zu bringen. Schnabel nennt die Gewalttäter „Hooligans der Religion“.

Auch ein Bericht aus dem Vorjahr des „Rossing Center for Education and Dialogue“ belegt diese Entwicklung und zeigt eine Zunahme von Gewalt gegen Christen. Deren Programmdirektorin Hana Bendcowsky erklärte dazu, dass dies auf eine zunehmend radikalisierte israelisch-jüdische Gesellschaft und historische Feindseligkeiten zwischen Juden und Christen zurückzuführen sei. Vor 20 Jahren erfolgten laut dem Bericht die Übergriffe überwiegend von ultraorthodoxen Juden. Heute seien vor allem „orthodoxe Nationalisten“ dafür verantwortlich.

Auch die Polizei von Jerusalem zeigte sich zuletzt besorgt über die Zunahme von Gewalttaten gegen Christen und christliche Einrichtungen in der Altstadt. Kürzlich wurden beispielsweise mehrere Personen festgenommen, die eine Kirche bespuckt haben. Dazu erklärte ein Kommandant der Jerusalemer Polizei: „Leider sind wir Zeugen eines verabscheuungswürdigen und inakzeptablen Phänomens von Hassausbrüchen gegenüber Christen in der Altstadt.“

# Kirgistan: Missionsverbot

IIRF-D/BA/Tübingen/06.03.25 - Eine neue Gesetzgebung in Kirgistan hat die Religionsfreiheit eingeschränkt, einschließlich des Verbotes Glauben in der Öffentlichkeit weiterzugeben.

Am 21. Januar wurde bekannt gegeben, dass Präsident Sadyr Japarov das neue Religionsgesetz unterschrieben hat und das Gesetz damit am 1. Februar in Kraft tritt. Die begleitenden Gesetze und Verordnungen treten dann am 3. Februar in Kraft.

Unter den vielen neuen Einschränkungen, die das Religionsgesetz mit sich bringt, ist das Verbot von nicht-registrierten religiösen Aktivitäten.

Kirchen und andere religiöse Gruppen müssen bei der Staatskommission für religiöse Affären (SCRA) genehmigt werden, so dass sie legal existieren und sich als Gemeinde treffen können. Um registriert zu werden, muss jede lokale religiöse Organisation nachweisen, dass sie zumindest 500 erwachsene Gründungsmitglieder, die in einer einzigen Region wohnen, hat. (Im vorhergehenden Gesetz war es ein Minimum von 200 Gründungsmitgliedern).

Die dazugehörigen Gesetze autorisieren ebenso einen starken Anstieg der Geldstrafen für Gruppen, die die Restriktionen des Gesetzes übertreten.

Das Zhogorku Kenesh (Parlament) in der Hauptstadt Bishkek hat das Gesetz am 26. Dezember abschließend genehmigt.

Christen haben Befürchtungen laut werden lassen, dass das neue Gesetz dazu benutzt wird, Kirchen zu schließen. „Das neue Gesetz macht es nicht einfacher oder besser für uns, unseren Glauben zu praktizieren, es macht es schwieriger“, kommentierte ein Pastor. „Ich habe aufgehört, daran zu glauben, dass es irgendwelche Verbesserungen in den Gesetzen oder der Haltung der Regierung gegenüber uns Christen geben wird.“

Ein anderer Christ stimmte dem zu und sagte: „Es wird mit 500 Gründungsmitgliedern fast unmöglich, neue Kirchen zu registrieren.“

Widerspruch gegen diese Gesetze wurden von Rechtsexperten geäußert. Chinara Musabekova, eine Dozentin an der Hochschule für Justiz unter dem obersten Gericht und eine Offizielle in dem Verband für weibliche Richter, argumentiert, dass es keinen Grund für solch einschränkende Gesetze gibt.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/einschraenkende-religionsgesetze-in-kirgistan-verbieten-das-teilen-des-ei/>

# Kongo: In den von der M23 besetzten Gebieten kommt es zu Morden, Verschleppungen und Zwangsarbeit

Kinshasa (Fides) - Morde, Verschleppungen, Zwangsarbeit. Dazu kommt es in Kamanyola, dem Dorf in der Ruzizi-Ebene (in der Provinz Südkivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo), das an der Frontlinie zwischen der pro-ruandischen Rebellenbewegung M23, die das Gebiet kontrollieren, und den regierungsfreundlichen „Wazalendo“-Milizionären liegt. Einem neuen Bericht der Menschenrechtsorganisation ACMEJ zufolge, der Fides vorliegt, wurde am 1. März ein junger Mann, der verdächtigt wurde, der „Wazalendo“-Miliz anzugehören, von Soldaten der M23 mit einem gezielten Schuss im Ortsteil Busama in Kamanyola getötet.

Die Leiche eines anderen jungen Mannes, der am 1. März im Bezirk Rubimba entführt worden war, wurde am 3. März in einem Kanal gefunden.

Ebenfalls am 3. März zwang die M23 Jugendliche aus Kamanyola zur Zwangsarbeit, um die Nationalstraße Nr. 5 zu reinigen. Diejenigen, die sich weigerten, wurde ausgepeitscht.

Es gebe zudem Berichte über schwere Einschüchterungen von Politikern und der Zivilgesellschaft im Dorf Katogota, wo Patrouillen von M23-Milizionären in der Nähe der Häuser stationiert sind. „Dieses beunruhigende Phänomen zeigt, dass die Milizionäre eine Liste von Personen haben, die sie wegen ihrer Meinung terrorisieren oder töten wollen“, heißt es in dem Bericht.

Auf der anderen Seite der Front führte die „Wazalendo“-Miliz am 3. März Angriffe gegen Soldaten der M23 durch, die in der Stadt Bukavu stationiert waren, der Hauptstadt der kongolesischen Provinz Südkivu, die am 16. Februar von der M23 eingenommen.

Schließlich weist die Menschenrechtsorganisation darauf hin, „dass sich die kongolesischen Flüchtlinge aus einigen Dörfern der Ruzizi-Ebene, insbesondere aus den Dörfern Katogota, Kamanyola und Luvungi, die in der Provinz Cibitoke in Burundi Zuflucht gefunden haben, in einer schwierigen Lage befinden“. „Obwohl sie von den burundischen Behörden und der Bevölkerung gut aufgenommen wurden, sind sie aufgrund des Überraschungsangriffs der M23 auf ihre Dörfer mit leeren Händen geflohen“, heißt es in der Mitteilung.

Nach Aussage der ACMEJ ist der Vorwand für die ruandische Intervention in den kongolesischen Provinzen Nord- und Südkivu, wo angeblich die Gemeinschaft der Banyamulenge (Kongolesen ruandischer Herkunft) geschützt werden soll, falsch. „In Wirklichkeit sind die Banyamulenge Teil einer Gemeinschaft, die als kongolesisch anerkannt und von den anderen kongolesischen Gemeinschaften akzeptiert wird; unter den kongolesischen Söhnen und Töchtern der Banyamulenge gibt es politische Führer der Banyamulenge, darunter Abgeordnete, Minister, hochrangige militärische Befehlshaber der Streitkräfte und leitende Angestellte kongolesischer öffentlicher Unternehmen“, wird betont.

(L.M.) (Fides 5/3/2025)

# Kuba: Luis Frómeta Compte aus Gefängnis entlassen

**Drei Jahre Haft und Folter für deutschen Staatsbürger vorbei**

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) freut sich sehr über diese Nachricht und fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen auf Kuba.

Der deutsche Staatsbürger Luis Frómeta Compte ist nach drei Jahren willkürlicher Haft aus dem Gefängnis entlassen worden

# Mongolei: Wie geht es den Christen in der Mongolei?

Wer die Mongolei nicht kennt, mag sie sich als ein Land wilder Weiten und nomadischer Hirten vorstellen. Doch das städtische Leben wächst, und die mongolische Hauptstadt Ulaanbaatar hat inzwischen 1,3 Millionen Einwohner. Berichten zufolge gibt es in der Mongolei eine gute Einheit zwischen den Kirchen und Netzwerken, da die Christen zusammenarbeiten, um das Evangelium zu verkünden, Jünger zu machen, die Zahl der Gemeinden zu erhöhen und die Bedürfnisse der Gemeinschaft zu erfüllen.

Dennoch gelten über 90 % der Mongolen immer noch als unerreichbar mit dem Evangelium, obwohl die mongolische Kirche dreimal so schnell wächst wie der Weltdurchschnitt. Ein zentrales Anliegen der Christen ist es, ihr Land für Christus zu erreichen, und zu diesem Zweck wird um Gebet gebeten, dass junge Leiter herangezogen werden, die evangelisieren, Gemeinden gründen und neue Gläubige heranziehen.

Quelle: Bridgeway Publications vom 15 February 2025 Übersetzt und bearbeitet AKREF

# Myanmar: Christen im anhaltendem Konflikt

Ein Ende des Bürgerkriegs in Myanmar, der nach dem Staatsstreich von 2021 begann, ist noch nicht in Sicht. Die Zivilbevölkerung und die betroffenen ethnischen Gruppen, insbesondere die Christen (etwa 6 % der Bevölkerung), haben den Preis dafür bezahlt. Mehr als 5 300 Menschen wurden getötet und über 3 Millionen vertrieben, darunter Zehntausende von Christen. Aber die Hoffnung bleibt, und die Kirche macht weiter.

Trotz der Brutalität der buddhistisch-nationalistischen Militärregierung, vor allem in den Bergregionen, verteilen widerstandsfähige einheimische Christen, darunter viele junge Menschen, Sachmittel an Dorfbewohner, die von den Regierungstruppen angegriffen werden. Als eine Gruppe von Christen, die mit der Bibelübersetzung beschäftigt waren, einen verlassenen Krankenwagen fand, legten sie Matratzen hinein, um ihn schalldicht zu machen, und nutzen ihn als „Studio“, um Aufnahmen zu machen. Die Christen in Myanmar geben niemals auf, sondern beten und arbeiten weiter.

Quelle: WORLDNEWS 314/ übersetzt und bearbeitet von AKREF

# Myanmar: Katholisches Pastoralzentrum bombardiert

## Im Staat Kachin

Banmaw (Fides) - Das Pastoralzentrum auf dem Gelände der katholischen Kirche St. Michael in Nan Hlaing, in einer ländlichen Gegend der Diözese Banmaw (im Norden von Myanmar), wurde durch einen Bombenangriff der burmesischen Armee getroffen und zerstört. „Fünf Kugeln und zwei Fliegerbomben, die auf unser Kirchengelände abgefeuert wurden, trafen das Gebäude, verletzten aber niemanden“, berichtet der Jesuit Wilbert Mireh, Pfarrer der Kirche mit einer über hundertjährigen Geschichte.

Der Jesuit berichtet, dass er an einen weit entfernten Ort an der Grenze zu China reisen musste, um einen Ort mit Strom und Internetanschluss zu finden und mit der Außenwelt kommunizieren zu können. „Strom, Telefon und andere Dienstleistungen gibt es in unserer Gegend seit Juli 2024 nicht mehr“, sagt er. Banmaw befindet sich im Bundesstaat Kachin etwa 186 km südlich der Hauptstadt Myitkyina und hat etwa 65.000 Einwohner, hauptsächlich Kachin, aber auch Bamar, Shan und Han. „Die Bombardierung verursachte Schäden am Gebäude, aber keine Verletzten. Wir danken Gott, dass wir in Sicherheit sind, obwohl die Menschen hier ums Überleben kämpfen, es gibt keine Schulen, Kliniken oder Geschäfte“, so Pater Mireh weiter. „Nach diesem weiteren Angriff vertrauen die Gläubigen auf den Erzengel Michael und beten zu ihm, damit er uns beschützt. Sogar die Jungen und Kinder singen und rufen den heiligen Michael an“, berichtet er. „Normalerweise feiern wir die Messe unter den Bäumen, weil es zu gefährlich ist, sich in der Kirche aufzuhalten, und das Gebäude bereits getroffen und beschädigt wurde. Aber ich muss sagen, dass trotz des Leids und der prekären Bedingungen der Glaube und der Geist stark sind. Die Gläubigen beten jeden Tag, dass der Herr durch den Erzengel Michael weiterhin seinen Schutz gewährt und über uns wacht“, so der Ordensmann weiter.

Pater Mireh ist der einheimische Jesuit Birmas, der 2013 zum Priester geweiht wurde und heute zu den insgesamt rund 30 burmesischen Jesuiten gehört. Nach seinem pastoralen Dienst in Loikaw wurde er nach Banmaw entsandt, wo er sich neben der seelsorgerischen Betreuung der Gläubigen stets auch dem Sozialapostolat und der Bildung gewidmet hat. „Heute gehört die Tatsache, dass die Kinder keine Schule haben, zu den ernstesten Folgen des Bürgerkriegs“, stellt er fest. Pater Mireh schließt mit den Worten: „Trotz der Angst und des Unbehagens werden wir, fest in unserem Glauben, weiterhin für das Gute, die Wahrheit und die Gerechtigkeit leben.“

Der Kontext, in dem sich die lokale katholische Gemeinschaft heute befindet, ist der des Kachin-Staates im Norden Myanmars, wo ein erbitterter Kampf zwischen der regulären Armee und der Armee der ethnischen Minderheit der Kachin stattfindet, die in der Nähe der Stadt Banmaw Stellung bezogen hat. Die „Kachin Independence Army“ (KIA), die für die Selbstbestimmung des Staates kämpft, gehört zu den am besten organisierten ethnischen Milizen, die seit Jahrzehnten aktiv sind und sich dem Widerstand gegen die derzeit herrschende Militärjunta angeschlossen haben. Im Staat Kachin musste sich die birmanische Armee aus weiten Teilen des Gebiets zurückziehen und beschießt es nun mit Artillerie- und Flugzeugbombardements. Örtlichen Quellen zufolge sind aufgrund der anhaltenden Kämpfe um die Kontrolle über Banmaw die meisten Einwohner der Stadt geflohen, so dass nur noch etwa 20.000 Menschen in der Stadt leben. Die Vertriebenen haben sich in die umliegenden Wälder und Dörfer geflüchtet, wo sie nur wenige Ressourcen für ihren Lebensunterhalt finden.

Die Diözese Banmaw liegt im südöstlichen Teil des Kachin-Staates, im Grenzgebiet zu China. In den letzten Jahren, noch vor dem Staatsstreich von 2021, hatte der Konflikt zwischen der regulären Armee Myanmars und der KIA über 120.000 Vertriebene hervorgebracht. Der Krieg hat sich verschärft und in den letzten zwei Jahren neun der 13 Pfarreien der Diözese in Mitleidenschaft gezogen, wodurch die Zahl der Flüchtlinge weiter anstieg.

(PA) (Fides 5/3/2024)



# Nigeria: Katholische Bischöfe gegen Schließung von Schulen

während des muslimischen Fastenmonats Ramadan

Abuja (Fides) - Die nigerianischen Bischöfe haben im Zusammenhang mit dem Vorschlag einiger nördlicher Bundesstaaten, die Schulen während der fünf Wochen des Ramadan zu schließen, ihre Besorgnis im Hinblick auf die Achtung des säkularen Charakters des Landes Ausdruck gebracht.

„Als Katholische Bischofskonferenz von Nigeria (CBCN) sind wir zutiefst besorgt über die jüngste Erklärung einiger Gouverneure im Norden Nigerias, die Schulen während des Ramadan fünf Wochen lang zu schließen. Diese Entscheidung, die nicht nur muslimische Schüler, sondern auch christliche Schüler und Schulen in christlicher Trägerschaft betrifft, wirft ernste Fragen über den säkularen Charakter unseres Landes und die Rechte aller Bürger auf“, heißt es dazu in einer Erklärung vom 3. März, die vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz und Erzbischof von Owerri, Lucius Iwefuru Ugorji, unterzeichnet wurde.

Die Bischöfe erinnern daran, dass Abschnitt 10 der nigerianischen Verfassung besagt, dass „die Regierung der Föderation oder eines Staates keine Religion als Staatsreligion annehmen darf“. „Diese Bestimmung unterstreicht den säkularen Charakter unseres Landes und garantiert die Freiheit aller Bürger, ihren Glauben ungehindert zu praktizieren“, heißt es in der Erklärung.

Die Bedeutung des säkularen Charakters des Staates wurde von der nigerianischen Bischofskonferenz auch in ihrem 2012 veröffentlichten Hirtenbrief „Die Kirche und der nigerianische Staat“ hervorgehoben: „Der nigerianische Staat ist säkular, und diese Säkularität ist keine bloße Erklärung, sondern ein Grundprinzip, das alle Aspekte unseres nationalen Lebens leiten muss“.

In ihrer nun veröffentlichten Erklärung verweist die CBCN auch auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Artikel 26) und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Artikel 13), in denen das Recht auf Bildung als ein grundlegendes Menschenrecht hervorgehoben wird. „Die Schließung von Schulen über einen längeren Zeitraum untergräbt dieses Recht und gefährdet die Bildung und die Zukunft von Millionen nigerianischer Kinder“, so die Bischöfe.

Die fünfwöchige Schließung der Schulen im Norden des Landes könnte zudem nach Ansicht der Bischöfe den Schulabbruch in Gegenden fördern, in denen ein sehr hoher Prozentsatz von Kindern die Schule verlässt oder gar nicht erst besucht. Abschließend fordert die nigerianische Bischofskonferenz „die Gouverneure der betroffenen Bundesstaaten auf, diese Entscheidung zu überdenken und nach alternativen Lösungen zu suchen, die die Rechte und Freiheiten aller Bürger respektieren“, und appelliert an „die Bundesregierung, einzugreifen und sicherzustellen, dass die Rechte aller Nigerianer, unabhängig von ihrem Glauben oder ihrer Herkunft, geschützt werden“.

(L.M.) (Fides 4/3/2025)

# Nigeria: Katholischer Priester wenige Stunden nach seiner Entführung ermordet

Abuja (Fides) - Ein katholischer Priester wurde im Norden Nigerias entführt und anschließend getötet. Es handelt sich um Pfarrer Sylvester Okechukwu, Pfarrer der Kirche „St. Mary“ in Tachira in der Kaura Local Government Area im Bundesstaat Kaduna.

Nach Angaben der Diözese Kafanchan wurde Pfarrer Okechukwu am 4. März 2025 zwischen 21.15 Uhr und 21.40 Uhr aus seinem Haus in Tachira entführt. Seine Leiche wurde am gestrigen 5. März gefunden.

„Nachdem er von seinen Entführern verschleppt worden war, wurde Pater Sylvester in den frühen Morgenstunden des 5. März am Aschermittwoch grausam ermordet. Es ist noch nicht geklärt, warum er getötet wurde“, heißt es in einer von Pfarrer Jacob Shanet, dem Kanzler der Diözese Kafanchan, unterzeichneten offiziellen Erklärung.

„Dieser vorzeitige und brutale Verlust hat uns untröstlich und am Boden zerstört zurückgelassen. Pater Sylvester war ein hingebungsvoller Diener Gottes, der selbstlos im Weinberg des Herrn arbeitete und die Botschaft von Frieden, Liebe und Hoffnung verbreitete. Er war für seine Gemeindemitglieder immer ansprechbar und zugewandt. Sein früher Tod hat eine unauslöschliche Lücke in unserer Diözesanfamilie hinterlassen, und wir teilen die Trauer über sein Ableben mit seiner Familie, seinen Freunden und all denen, die ihn kannten und liebten“, heißt es in der Mitteilung weiter.

„Lasst uns als eine Familie im Gebet für die Ruhe seiner Seele vereint sein. Wir laden alle Priester, Ordensleute und Gläubigen ein, heilige Messen, Rosenkränze und Gebete für die ewige Ruhe von Pater Sylvester zu halten, der sein Leben im Dienst Gottes und der Menschheit gegeben hat. Wir möchten unsere Jugendlichen und Gemeindemitglieder dazu auffordern, ruhig und standhaft im Gebet zu bleiben“, heißt es abschließend.

Die Entführung von Pfarrer Okechukwu erfolgte nur zwei Tage nach der Entführung eines weiteren Priesters und eines Seminaristen im nigerianischen Bundesstaat Edo.

(L.M.) (Fides 6/3/2025)

# ONLINE-SEMINARE ZUM THEMA „CHRISTENVERFOLGUNG“

Gerne können Sie an den **kostenlosen Online-Seminaren** der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ teilnehmen. Unser Gemeindefereferent **Wolfgang Häde** behandelt an fünf Abenden verschiedene Fragen zum Thema „Christenverfolgung“.

Die Seminare finden **jeweils dienstags** von 20:00 bis ca. 20:45 statt.

## Termine und Themen

**25. März** Christenverfolgung weltweit - Zahlen, Hintergründe, Triebkräfte

**1. April** Sie werden euch auch verfolgen!“ – Biblische Sicht auf Verfolgung

**8. April** Stimmen aus der Verfolgung – Projektpartner der HMK

**15. April** „Beeile dich!“ - Was brauchen Verfolgte?

**22. April** Erster Petrusbrief - Verfolgung und christliche Reaktionen

Eine Anmeldung für einzelne Abende ist ebenso möglich wie die Registrierung für die gesamte Reihe. Eine formlose Mail genügt:

E-Mail: [w.haede@verfolgte-christen.org](mailto:w.haede@verfolgte-christen.org)

**Hilfsaktion Märtyrerkirche e.V. (HMK)**

Steinstraße 5 | 35641 Schöffengrund Fon +49 (0)6445 61244-0 | Fax +49 (0)6445 61244-22

# Österreich: Plattform Christdemokratie mahnt und macht Aufruf

## CHRISTEN SIND NICHT RECHTSEXTREM

Wir protestieren gegen den am 24. Jänner 2025 veröffentlichten [Rechtsextremismus-Bericht](#) des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW)“. In diesem Bericht werden „normale“ Christen diffamiert, die sich in Gesellschaft und Politik engagieren und christliche Werte in Österreich vertreten. Im Rechtsextremismusbericht werden [bekennende Christen](#) als „rechtskatholisches Milieu“ bezeichnet und ihr christliches Engagement mit dem Begriff „rechtsextrem“ vermischt.

Diese Einstufung von „normalen“ gläubig-praktizierenden Christen als rechtsextreme Gruppe ist ein Skandal und ist entschieden zurückzuweisen. Grundlegende Werte wie die Menschenwürde, Familie, Nächstenliebe, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden hier in eine Schublade mit Nazi-Ideologie und Faschismus gesteckt!

Wenn im Dokumentationsarchiv (DÖW) ein Bericht über Rechtsextremismus verfasst wird und das Kapitel über „politisch aktive Christen“ zwischen Beiträgen über Hooligans, Reichsbürger und völkische Esoteriker eingeordnet wird, dann ist das ein **Angriff auf alle Menschen, die aus ihrem christlichen Glauben heraus gegen das Unrecht auftreten** und damit in einer Tradition des christlichen Widerstands gegen Nationalsozialismus, Faschismus und Unmenschlichkeit stehen.

**Mit meiner Unterschrift protestiere ich gegen die Einstufung von bekennenden Christen als „rechtsextrem“** oder deren Einordnung in Gruppen, die dem Nationalsozialismus und Faschismus nahestehen und/oder diesen verherrlichen. **Ich bekenne mich zu einem christlichen Wertebild der Menschenwürde, Familie, Nächstenliebe, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.**

Wir fordern vom DÖW eine Zurücknahme der getätigten Zuordnung in ihrem Bericht und die dokumentierte Nennung dieser Protestnote als Zeugnis von bekennenden Christen, die entschieden Rechtsextremismus und nationalsozialistisches Gedankengut ablehnen

**Wir zählen auf eure Unterstützung – jede Unterschrift zählt!**

[JETZT PETITION UNTERSCHREIBEN!](#)

# Pakistan: 18-jähriger Christ auf Kaution freigelassen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/06.03.25 - Der 18-jährige Akash Karamat sitzt seit dem 27. August 2023 in Pakistan wegen Blasphemie im Gefängnis. Nun soll er gegen Kaution freigelassen werden, so sein Anwalt.

Karamat hatte [am 19. Dezember](#) in einem von drei Blasphemie-Verfahren, die gegen ihn angestrengt wurden, eine Kaution erhalten. Die Richter gewährten ihm letzte Woche auch in den beiden anderen Fällen eine Kaution. Der schriftliche Haftentlassungsbefehl für den zweiten Fall wurde am 18. Februar ausgestellt, der andere Befehl wird nächste Woche erwartet, so sein Anwalt Asad Jamal.

Der Richter am Obersten Gerichtshof von Lahore, Asjad Javed Ghural, habe am 13. Februar Karamat aus gesetzlichen Gründen in dem am 20. August 2023 unter den Abschnitten 295-A und 295-B der Blasphemiegesetze gegen eine Bürgschaft von 100.000 Rupien (358 USD) registrierten Fall gegen Kaution freigelassen, sagte Jamal. In einem anderen Fall gewährte Richter Shehram Sarwar vom Obersten Gerichtshof am Mittwoch (19. Februar) eine Kaution für einen weiteren Fall, der am 25. August 2023 unter Abschnitt 295-B registriert wurde.

Abschnitt 295-B bezieht sich auf die Entweihung des Korans und wird mit lebenslanger Haft bestraft, während Abschnitt 295-A eine Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren für die Verletzung religiöser Gefühle vorsieht.

Der Richter am Obersten Gerichtshof von Lahore, Muhammad Waheed Khan, hatte Karamat am 19. Dezember gegen Kaution freigelassen. Dies geschah im schwerwiegendsten Fall, der am 16. Juli 2023 registriert wurde und mehrere Abschnitte des Blasphemiegesetzes umfasst, darunter Abschnitt 295-C, der eine obligatorische Todesstrafe und lebenslange Haft vorsieht. Ein Gericht hatte im vergangenen Juli erklärt, dass der Christ zum Zeitpunkt seiner Verhaftung minderjährig war.

Karamat wurde ursprünglich am 16. Juli 2023 in einem Fall verhaftet, der von der Polizei in Satellite Town im Distrikt Sargodha in der Provinz Punjab registriert wurde, und später aufgrund bloßer Verdächtigungen in zwei weiteren Fällen verschiedener Polizeistationen verwickelt, so Jamal.

„Der Richter stellte fest, dass der Antragsteller zum Zeitpunkt des angeblichen Vorfalls noch minderjährig war. Außerdem wurde die *challan* [Anklageschrift] trotz der mehr als eineinhalb Jahre andauernden Inhaftierung von der Polizei nicht bei Gericht eingereicht“, berichtete Jamal gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Er fügte hinzu, dass der Richter außerdem feststellte, dass Karamat nicht auf unbestimmte im Gefängnis festgehalten werden könne, wenn ein baldiger Abschluss des Verfahrens nicht in Sicht sei.

„Das Gericht stellte fest, dass der Angeklagte nicht für die Verzögerung des Verfahrens verantwortlich war, weshalb er Anspruch auf eine gesetzliche Kaution gemäß Abschnitt 497 der Strafprozessordnung (CrPC) hat“, sagte Jamal und fügte hinzu, dass gemäß diesem Abschnitt, wenn Verdächtige nicht offiziell angeklagt wurden, das Verfahren nicht innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen wurde und die Verzögerung nicht auf den Angeklagten zurückzuführen ist, ihnen eine Kaution gewährt werden sollte.

Jamal forderte im dritten Fall aus ähnlichen Gründen eine Kaution für Karamat. „Ich habe Richter Sarwar auch darüber informiert, dass der forensische Bericht die Identität meines Mandanten nicht feststellen konnte“, sagte er. „Der Richter akzeptierte meine Argumente und ordnete Karamats Freilassung gegen eine Kaution von 100.000 pakistanischen Rupien [358 USD] an.“ Ein ausführliches Urteil werde bis nächste Woche ergehen.

Jamal beschrieb die feindselige Atmosphäre während der Anhörung vor Richter Sarwar und sagte, dass das Anwaltsteam des Klägers aus einer Gruppe von Anwälten bestand, die die Verfolgung von Gotteslästerung als islamische Pflicht ansehen.

„Diese Anwälte des *Khtam-e-Nabuwat* (Endgültigkeit des Prophetentums) Anwaltsforums versuchten ihr Bestes, um Druck auf das Gericht auszuüben, indem sie sagten, dass der Angeklagte aus dem Land geflohen sei, nachdem er auf Kaution freigelassen wurde, wodurch die Fälle in der Schwebe blieben“. Er werde mit der Bearbeitung des Haftentlassungsbefehls für Karamat beginnen, sobald die Familie die Bürgschaften in allen drei Fällen arrangiert habe.

„Die Familie ist sehr arm und aufgrund der Sicherheitsrisiken in Blasphemiefällen bereits gezwungen, im Untergrund zu leben“, sagte Jamal gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Sie werden mehr Schutz brauchen, wenn Karamat aus dem Gefängnis entlassen wird und sich mit seiner Familie wiedervereint.“

Akash Karamats Vater, Karamat Masih, sprach zuvor über die Schwierigkeiten, mit denen seine Familie konfrontiert war, seit die Polizei seinen Sohn am 27. August 2023 verhaftet hatte.

„Früher habe ich mit meinem Schneidergeschäft den Lebensunterhalt für die Familie verdient, aber nachdem Akash verhaftet wurde, waren wir gezwungen, es zu schließen und unser Zuhause zu verlassen, um uns vor Gewalt zu schützen“, sagte er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Seitdem leben wir von der Hand in den Mund.“

Akash Karamat wurde beschuldigt, in Gebieten von Sargodha blasphemische Plakate geschrieben und den Koran entweiht zu haben, angeblich als Vergeltung für die Angriffe des muslimischen Mobs vom 16. August 2023 auf mehrere Kirchen und Häuser von Christen in [Jaranwala](#), Distrikt Faisalabad, nachdem zwei christliche Männer der Blasphemie beschuldigt worden waren.

<https://morningstarnews.org/2025/02/christian-in-pakistan-jailed-for-17-months-wins-bail/>

# Pakistan: Gefangene des Monats März

## Mutter von vier Kindern zum Tode verurteilt

Zur „Gefangenen des Monats März 2025“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die pakistanische Christin Shagufta Kiran benannt. Sie rufen dazu auf, sich für die zum Tode verurteilte vierfache Mutter einzusetzen.

In den frühen Morgenstunden des 29. Juli 2021 hatten Sicherheitskräfte der Abteilung für Internetkriminalität der obersten Ermittlungsbehörde Pakistans die Wohnung der 40-jährigen gelernten Krankenschwester gestürmt und sie wegen angeblicher Blasphemie festgenommen. Ihr wird zur Last gelegt, über das soziale Netzwerk WhatsApp im September 2020 abschätziges Inhalte über den islamischen Propheten Mohammed geteilt zu haben.

Ihr Ehemann sowie Ihre zehn und zwölf Jahre alten Söhne wurden zeitweise als angebliche Mittäter in Gewahrsam genommen, schließlich jedoch freigelassen. Die Familie ist weiterhin gefährdet, einem Lynchmord zum Opfer zu fallen. Die Mutter befindet sich im Zentralgefängnis in Rawalpindi (Provinz Punjab).

Am 18. September 2024 fällte das zuständige Gericht in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad das Todesurteil, das nach einer siebenjährigen Haftstrafe vollstreckt werden soll. Die Verteidigung hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.

In Pakistan kommt es immer wieder zu ungerechtfertigten Blasphemie-Anklagen. Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, den pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari in Briefen zu bitten, alles in seiner Macht Stehende für die Freilassung der Christin zu tun und für ihre Sicherheit sowie die ihrer Angehörigen zu sorgen. Verbunden damit ist die Bitte, für die Verurteilte zu beten. Sie hat lediglich ihr Recht auf Religionsfreiheit in Anspruch genommen.

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)



„Gefangene des Monats März 2025“ Shagufta Kiran

# Pakistan: TV-Drama thematisiert Mob-Gewalt und Mißbrauch von Blasphemiegesetzen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/06.03.25 - Kirchenführer und andere Personen in Pakistan lobten die Produzenten und Darsteller eines TV-Dramas dafür, dass sie ihr Leben riskiert haben, um eine beispiellose, landesweite Darstellung der gewalttätigen Ungerechtigkeit, die sich aus den Blasphemiegesetzen ergibt, in den Medien zu senden.

In der letzten Folge der Hum-TV-Dramaserie „*Tan Man Neel o Neel* [frei übersetzt als ‚Körper und Seele schwer verletzt‘] tritt ein professionelles Tanzteam auf einer Hochzeit auf, als ein unerwartetes Video auf einer großen Leinwand einen von ihnen, Sonu (gespielt von Shuja Asad), beim Tanzen in einem ehrwürdigen Sikh-Herrenhaus zeigt. Bald erhebt sich ein Muslim, Kami (gespielt von Muhammad Usman Javed), der das Video heimlich gezeigt hat, und beschuldigt Sonu fälschlicherweise, in dem Video in einer Moschee getanzt zu haben.

Eine Rückblende zeigt Kami, der ein Auge auf Sonus Tanzpartnerin und Schwarm, die hübsche Raabi (gespielt von Sehar Khan), geworfen hat, wie er mit seinen Kumpanen einen vorsätzlichen Angriff plant. Auf die Frage, wie sie behaupten könnten, dass das Sikh-Haus eine „heilige Stätte“ sei, antwortet Kami: „Bis sie herausgefunden haben, ob es sich um einen religiösen Ort handelt, wird der Mob seine Arbeit bereits getan haben.“

Der darauffolgende Angriff ist für Pakistani etwas Alltägliches - aber nicht etwas, das sie gewohnt sind, landesweit ausgestrahlt zu sehen, geschweige denn mit hohen Produktionswerten. In Zeitlupenszenen, die zu trauriger Musik unterlegt sind, nimmt ein rasender Mob die Gerechtigkeit selbst in die Hand und tötet ohne Gerichtsverfahren oder gebührende Sorgfalt die fälschlicherweise beschuldigten „Gotteslästerer“.

Die Sequenz spielt in den letzten 10 Minuten der letzten [Folge](#) der ansonsten eher unbeschwerten Serie vom 15. Februar und hinterlässt das Publikum schockiert über die plötzliche Wendung der Erzählung und die Darstellung eines sensiblen Themas, das normalerweise tabu ist. Viele lobten das tragische Ende für seine kraftvolle Botschaft und Relevanz im aktuellen digitalen Zeitalter, insbesondere angesichts der Tatsache, wie oft solche Angelegenheiten in den sozialen Medien missverstanden werden.

„In einem Land, in dem Lynchmorde durch die Menge zur Norm geworden zu sein scheinen, ist „*Tan Man Neel o Neel*“ eine alarmierende Erinnerung an die Gefahren von religiösem Extremismus und Falschinformationen“, sagte der Menschenrechtsaktivist Lazar Allah Rakha. „Indem Hum TV diese schmerzhaften Realitäten ans Licht gebracht hat, hat der Sender nicht nur ein Kunstwerk geschaffen, sondern auch eine wichtige Diskussion angestoßen, die wir als Nation nicht länger ignorieren können.“

Rakha, der bereits mehrere wegen Gotteslästerung angeklagte Personen erfolgreich verteidigt hat, lobte den Autor und Regisseur des Dramas sowie die Geschäftsführung des Senders für ihren Mut, kontroverse Themen, die die pakistanische Gesellschaft plagen, anzusprechen. Er sei vom tragischen Ende des Staffelfinales ebenso schockiert gewesen wie von der Tatsache, dass im Abspann eine Montage aus Fotos von Menschen zu sehen war, die wegen falscher Blasphemievorwürfe getötet wurden, zusammen mit Bildern von Kirchengebäuden und Häusern von Christen, die bei durch Blasphemie angefachten Unruhen niedergebrannt wurden.

„Es scheint, als hätte das gesamte Team, einschließlich Produzent, Autor, Regisseur und Schauspieler, ihr Leben aufs Spiel gesetzt, um die Botschaft zu vermitteln, dass der Fanatismus der Pakistaner eingedämmt werden muss, damit nicht noch mehr Menschen falschen Blasphemievorwürfen zum Opfer fallen“, sagte er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Der Moderator der Church of Pakistan, Bischof Azad Marshall, sagte, das Drama zeige, wie die Macht des Geschichtenerzählens und der Medien genutzt werden sollte, um die Gesellschaft und ihre Missstände widerzuspiegeln.

„Obwohl ich aufgrund meines vollen Arbeitsplans selten fernsehe, war ich gezwungen, mir dieses Drama anzusehen, nachdem ich von meiner Familie und meinen Teammitgliedern davon gehört und die Rezensionen in den sozialen Medien gelesen hatte“, sagte Marshall. Die Show zeige die Realität der pakistanischen Gesellschaft.

„Ich hoffe, dass Pakistani Projekte wie „*Tan Man Neel o Neel*“ unterstützen werden, da sie die wirklichen Probleme aufzeigen, anstatt unrealistische Erwartungen zu schüren“, sagte er und lobte das Produktionsteam dafür, dass es falsche Blasphemievorwürfe und die Mob-Mentalität in einem extrem feindlichen Umfeld anprangert.



Ejaz Augustine, ein christlicher Abgeordneter in der Punjab-Versammlung, lobte Hum TV dafür, dass es mutig die dunkleren Realitäten der pakistanischen Gesellschaft aufzeigt.

„Ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Drama an der Basis und in Bildungseinrichtungen gezeigt werden sollte, damit unsere Bevölkerung für die verheerenden Auswirkungen falscher Anschuldigungen und der Mentalität des Mobs sensibilisiert wird“, sagte er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Für viele Menschen in Pakistan ist das Blasphemiegesetz ein Brandbeschleuniger, da unbegründete Anschuldigungen öffentliche Empörung schüren, die zu Lynchjustiz führen kann. Nazeer Masih Gill, ein Christ, der im Mai angegriffen wurde, nachdem er beschuldigt worden war, Seiten des Korans verbrannt zu haben, starb kurz darauf. Im August 2023 griff ein muslimischer Mob christliche Viertel in [Jaranwala](#) im Distrikt Faisalabad an und brannte mehrere Kirchen und Häuser nieder, nachdem zwei Brüder fälschlicherweise beschuldigt worden waren, blasphemische Inhalte geschrieben und den Koran entweiht zu haben.

In Pakistan ist in den letzten zwei Jahren ein starker Anstieg der Strafverfolgung von Fällen von „Online-Blasphemie“ zu verzeichnen. Private Bürgerwehren haben Hunderte junger Menschen, darunter auch Christen, wegen angeblicher Blasphemie angeklagt.

<https://morningstarnews.org/2025/02/national-tv-show-dares-to-portray-blasphemy-violence-in-pakistan/>

## Russland: Tauffeier in Sibirien

(Licht im Osten, A.O. in einer sibirischen Republik): „Jeden Tag heize ich zu Hause den Ofen an [im Februar]. Gott sei Dank, war dieser Winter für unsere Verhältnisse warm, minus 20 Grad, da sind die Leute froh. Nur an ein oder zwei Tagen hatten wir minus 40 Grad.“ Dankbar ist er, dass sie in der Weihnachtszeit an verschiedenen Orten gute Möglichkeiten hatten zu evangelisieren – sogar in Richtung Mongolei sind sie gefahren. Selbst wo sie früher noch angefeindet worden waren, standen jetzt die Türen offen. Kinder und Erwachsene nahmen mit großem Interesse teil. Jetzt stehen die Oster-Evangelisationen an. **Bitte beten Sie**

- ☒ um Gottes weiteres Wirken an den Herzen der Kinder und Erwachsenen in den besuchten Orten.
- ☒ um Gottes Leitung bei den Vorbereitungen auf die Oster-Veranstaltungen in Dörfern und auf die Besuche bei glaubensfernen Familien, denen sie das Evangelium und Lebensmittel bringen möchten.
- ☒ dass sie für geplante Freizeiten ein Grundstück am See zur Verfügung gestellt bekommen.
- ☒ um Gottes Leitung bei den Vorbereitungen auf die Sommereinsätze.
- ☒ viel Segen für eine geplante Tauffeier.
- ☒ für die Personen der Gemeinde, die mit Alkoholproblemen zu kämpfen haben (das ist dort eine große Not!), dass sie Befreiung von ihrer Sucht und innere Heilung erfahren.

# Südsudan: Doppeltes Feuer

(AVC) Die Arbeit im Südsudan trägt gute Früchte, doch unsere Geschwister stehen auch vor Herausforderungen. Ein Feuer in Lobone hat große Not verursacht. Bitte betet für die von der Katastrophe Betroffenen.

Seit fast einem Jahrzehnt bildet AVC im Südsudan geistliche Leiter und Evangelisten aus, um das Feuer des Evangeliums in unerreichte Regionen zu bringen. Gemeinsam mit lokalen Partnern betreibt AVC Trainingszentren in Maban und Juba, stellt Transportmittel für Evangelisten bereit und unterstützt Gemeinden beim Bau von Versammlungsstätten. Ein bedeutendes Projekt ist die Bibelübersetzung in die Sprache der Fur – das Neue Testament wurde bereits gedruckt und wird nun verteilt.

Doch es gibt auch traurige Nachrichten. Ein Feuer an der Grenze zu Uganda hat großes Leid über die Menschen in Lobone gebracht. 42 Häuser von Gemeindegliedern sowie ein Maisfeld unseres Partners wurden zerstört. Die Betroffenen sind nun schutzlos Hitze, Kälte und wilden Tieren ausgesetzt. Zudem besteht die Sorge, dass es zu Spannungen zwischen den Ländern kommt, da das Feuer wohl in Uganda ausgebrochen ist. AVC wird mit seinem Partner eine Ersthilfe starten.

## **Wir beten,**

...dass die Betroffenen des Feuers Schutz, Trost und Hoffnung erfahren,

...dass viele Menschen im Südsudan zu Jesus finden,

...dass die Bibel in der Sprache Fur bald fertiggestellt werden kann.

# Südsudan: Friedensabkommen gefährdet

## Verhaftung von zwei Vertretern von Vizepräsident Machar

Juba (Fides) - Das Friedensabkommen im Südsudan ist durch die Verhaftung von Generalleutnant Gabriel Doup Lam gefährdet. Das Haus des hochrangigen Militäroffiziers, der auf der Seite des Ersten Vizepräsidenten Riek Machar steht, wurde von der Armee umstellt wurde. Auch der Erdölminister Puot Kang Chol, der ebenfalls mit Machar in Verbindung steht, wurde verhaftet. Es wird vermutet, dass der Minister, der dieses Amt seit 2020 im Rahmen eines Abkommens über die Machtteilung gemäß dem Friedensabkommen von 2018 innehat, in einem Haftzentrum des Militärgeheimdienstes festgehalten wird. Berichten zufolge wurden auch seine Familienmitglieder und Leibwächter verhaftet und ihre Telefone und Laptops beschlagnahmt.

„Dieses Vorgehen verstößt gegen das Friedensabkommen und lähmt den Gemeinsamen Verteidigungsausschuss (Joint Defence Board), der die Führung und Kontrolle aller Streitkräfte überwacht. Diese Aktionen untergraben das Vertrauen zwischen den Parteien“, bekräftigte ein Sprecher Machars, der die Nachricht von der Verhaftung des hochrangigen Offiziers bestätigt.

Unterdessen kommt es im Südsudan zu anhaltenden politischen und sicherheitspolitischen Spannungen, wo es trotz des 2018 unterzeichneten Friedensabkommens, das den im Dezember 2013 ausgebrochenen Bürgerkrieg zwischen dem Lager von Präsident Salva Kiir einerseits und dem von Vizepräsident Riek Machar andererseits beenden sollte, weiterhin zu Episoden von Gewalt zwischen rivalisierenden Gruppierungen und Gemeinschaften kommt. Der Konflikt führte zum Tod von rund 400 000 Menschen, zur Vertreibung von Millionen von Menschen und zur wirtschaftlichen Zerstörung und ethnischen Spaltung des Landes.

Das 2018 von beiden Seiten unterzeichnete Abkommen zur Beilegung des Konflikts im Südsudan (Revitalized Agreement on the Resolution of the Conflict in South Sudan, R-ARCSS) wurde immer wieder verzögert und behindert, insbesondere bei der Zusammenführung bewaffneter Gruppen zur Bildung einer nationalen Armee.  
(L.M.) (Fides 5/3/2025)

# Syrien: Konferenz zum nationalen Dialog endet mit gemischten Beurteilungen

International Christian Concern - Hunderte von Delegierten aus dem ganzen Land versammelten sich diese Woche in Damaskus, Syrien, um an dem ersten politischen Dialog auf nationaler Ebene nach dem Sturz des langjährigen Diktators Bashar al-Assad im Dezember teilzunehmen. Das Treffen, das den Weg für die Bildung einer neuen Regierung ebnet, endete mit dem Aufruf zu einer integrativen, auf Rechten basierenden Ordnung.

„Wir müssen jeden Augenblick nutzen, um den Interessen unseres Volkes und unserer Nation zu dienen und die Opfer seiner Kinder zu ehren“, sagte der neu ernannte Interimspräsident Ahmad al-Sharaa den Teilnehmern. Er hat sich in den letzten Monaten mit Angehörigen historisch marginalisierter religiöser und ethnischer Gruppen getroffen und wiederholt versprochen, sie in seine künftige Regierung einzubeziehen.

Einige Kritiker verweisen jedoch auf einen glanzlosen Start der neuen Regierung, die sich überwiegend aus al-Sharaas Loyalisten zusammensetzt. Von dem siebenköpfigen Vorbereitungsausschuss, der vor dem Dialog in dieser Woche zusammentrat, gelten fünf als enge Loyalisten. Ein Mitglied des Ausschusses war jedoch ein Christ.

Das Treffen wurde nur zwei Tage im Voraus angekündigt, so dass die Gemeinden im ganzen Land nur wenig Zeit hatten, darauf zu reagieren. Mitglieder der von den USA unterstützten Syrischen Demokratischen Kräfte, einer kurdisch geführten Gruppe, wurden ausgegrenzt und überhaupt nicht eingeladen. Kurdische Politiker kritisierten die geringe Beteiligung und erklärten am Dienstag, das Treffen sei „bedeutungslos, wertlos und ineffektiv und werde nicht dazu beitragen, echte Lösungen für die Krise zu finden, unter der das Land leidet“.

Der Dialog in dieser Woche endete mit einer Reihe von unverbindlichen Empfehlungen für al-Sharaas Regierung, darunter die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die rasche Einsetzung eines legislativen Übergangsrates, während sich das Land auf Wahlen vorbereitet - ein Prozess, der angesichts der derzeitigen Unordnung im Land wahrscheinlich mindestens vier Jahre dauern wird, wie al-Sharaa erklärte.

Im Mittelpunkt des Treffens diese Woche in Damaskus stand der Wunsch Syriens nach Aufhebung der internationalen Sanktionen. Ursprünglich wurden sie verhängt, um Druck auf das al-Assad-Regime auszuüben, doch viele Sanktionen bleiben bestehen, da die internationale Gemeinschaft abwägt, ob die al-Sharaa-Regierung ihre Versprechen bezüglich der Achtung demokratischer Normen und der Rechte von Minderheiten einhalten will.

Am Montag, als sich die Teilnehmer des Dialogs in Damaskus versammelten, kündigte die Europäische Union an, dass sie die Sanktionen gegen Syrien aufheben werde, da Berichte darauf hindeuten, dass die Rebellenführer, die jetzt in Syrien regieren, die verschiedenen ethnischen und religiösen Minderheiten im Lande respektieren.

„Diese Entscheidung“, erklärte der Europäische Rat in einer Pressemitteilung, „ist Teil der Bemühungen der EU, einen inklusiven politischen Übergang in Syrien und seine rasche wirtschaftliche Erholung, den Wiederaufbau und die Stabilisierung [sic] zu unterstützen.“

Al-Sharaa ist der langjährige Anführer der Terrororganisation Hay'at Tahrir al-Sham, die zu verschiedenen Zeiten mit der Gruppe Islamischer Staat (ISIS) und al-Qaida in Verbindung stand. Obwohl sie in den letzten Jahren unabhängig operiert hat, hat ihr bekennend dschihadistischer Hintergrund Beobachtern zu denken gegeben, auch wenn die Gruppe behauptet, eher enge, nationalistische Ziele zu verfolgen als umfassendere Ziele der religiösen Eroberung.

Das Wall Street Journal berichtet in einem Artikel vom Januar, dass die Kirchen und Bars in den christlichen Vierteln von Damaskus überfüllt sind. Da Alkohol nach der strengen islamischen Lehre verboten ist, stellt die Tatsache, dass öffentliche Bars florieren, einen kulturell spürbaren Ausdruck der Religionsfreiheit dar. In ähnlicher Weise durften die Christen Weihnachten feiern, was unter dem al-Assad-Regime weitaus gefährlicher gewesen wäre.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Ukraine: Lernen mit Bibelstudienprogrammen

(Licht im Osten, S.G. aus Kiew) berichtet von den Bibelstudienprogrammen, die er und seine Mitarbeiter wöchentlich für Binnenflüchtlinge anbieten. „Oft reichen uns unsere beiden Räume nicht aus, um alle Interessenten aufzunehmen. Außer den 220 Personen, die in den beiden Räumen sitzen können, stehen oft noch bis zu 30 Personen im Flur. Wenn beide Räume gefüllt sind, unterrichten zwei unserer Prediger parallel in beiden Räumen. Manchmal, wenn Strom abgeschaltet wird, müssen wir die Bibelstunde im Dunkeln abhalten.“ Manch-mal werden dabei auch Lebensmittel verteilt und dann bildet sich schon am Morgen eine Schlange vor dem

Eingang und wartet auf den Einlass um 14.00 Uhr. Etliche kommen aber nicht wegen der Lebensmittel, sondern weil sie geistlichen Hunger haben. Auch ohne Verteilung von Lebensmitteln kamen an einem solchen Tag ca. 300 Personen. „Ich freue mich, dass sich durch diesen Dienst schon viele bekehrt haben und Christen geworden sind. Aus ihnen ist bereits eine Taufvorbereitungsgruppe entstanden.“ **Bitte beten Sie**

- ☒ dafür, dass noch viele Geflüchtete zu Christus finden.
- ☒ dass die jung im Glauben Stehenden geistlich wachsen und gefestigt werden.
- ☒ dass auch weiterhin genügend Ressourcen für Lebensmittelhilfen zur Verfügung stehen.
- ☒ dass es endlich zu einem Friedensschluss kommt, bei dem die Ukraine ihre Souveränität behält.

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]